



NIR-ERGEBNIS-Papier/Hildesheim, 7. März 2015

„Bei uns zählt nicht wo man herkommt. Sondern wo man hin will.“*

Verbesserung der Ausbildungschancen von jungen Migrantinnen und Migranten

Am 7. März 2015 veranstaltete der Niedersächsische Integrationsrat auf Einladung des Hildesheimer Integrationsbeirates im Hildesheimer Rathaus eine Tagung mit dem Schwerpunktthema „Verbesserung der Ausbildungschancen von jungen Migrantinnen und Migranten“. Ziel der Veranstaltung war es, den Mitgliedern des NIR bei der lokalen Umsetzung der Verbesserung der Ausbildungschancen vor Ort Hilfestellung zu geben.

Der Vertreter des Nds. Ministeriums für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr - Bernd Nothnick - und Verbandsvertreter informierten die Teilnehmer/-innen über Projekte auf Landesebene und allgemeine Handlungsempfehlungen zur besseren beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten.

Anschließend diskutierten die Anwesenden das Thema in vier Workshops:

- A. Das Schwerpunktthema aus Sicht der berufsbildenden Schulen
- B. Das Schwerpunktthema aus Sicht der Wirtschaft
- C. Das Schwerpunktthema aus Sicht der Industrie,- Handwerks- und Handelskammern
- D. Das Schwerpunktthema aus Sicht von Politik, Verwaltung und Migrantenorganisationen

Die Ergebnisse dieser Workshops wurden im Folgenden gebündelt und mit diesem Ergebnis-Papier dokumentiert:

Die kommunalen Mitgliedsvertretungen (Integrations- und Migrationsbeiräte, Integrationsausschüsse) in den Städten und Großstädten Niedersachsens sollten darauf hinwirken, dass

- lokale Maßnahmen in den Vertretungen, Kammern, Schulen oder Migrantenorganisationen erfolgen, die zugewanderte Eltern (Verstärkung der Elternarbeit) und Jugendliche über das duale Ausbildungssystem informieren;
- sich die Akzeptanz einer beruflichen Ausbildung bei zugewanderten Eltern und Jugendlichen erhöht und als ernsthafte Alternative zu einem Studium gesehen wird. Die gesamte Ausbildungsbandbreite der 320 Berufsbilder soll von den Jugendlichen wahrgenommen werden und deren Kenntnis soll über die am meisten vertretenen Berufe (Mechatroniker, Friseurin,..) hinausgehen;
- sie sich als Partner für Strukturprojekte der Arbeitsmarktintegration bzw. als Partner der Handwerks-, Industrie- und Handelskammern anbieten, mit dem Ziel , den Zugang zu den Zielgruppen zu erleichtern;
- Ausbildungslotsen ausgebildet und in den Migrantenorganisationen und Berufs-/Schulen eingesetzt werden. Noch immer ist das deutsche Schulsystem für „100Prozent deutschsprachige Kinder mit 100 Prozent deutsch-sprachigen Elternhäusern“ ausgelegt. Schüler-/innen mit Migrationshintergrund haben es ungleich schwerer, das Curriculum in vier Jahren aufzunehmen. Viele Eltern können nicht helfen, haben zudem auch keine Informationen über das deutsche Schul -und Ausbildungssystem (s.o.). „Bildungsbeauftragte“ könnten wichtige Informationen in ihre Gruppen hinein tragen, als Interessenvertreter und Kooperationspartner für Projekte fungieren. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Bereich des Übergangs von der Schule in die Ausbildung sowie beim Nachholen von Ausbildungsabschlüssen. Zusammen mit kommunalen Stellen und regionalen Netzwerken könnten Bildungsbeauftragte konkrete Maßnahmen für junge Zuwanderer vermitteln;
- sie in der Umsetzung der Arbeitsmarktintegration von jugendlichen Migrantinnen und Migranten mit Gewerkschaften vor Ort zusammenarbeiten;
- sie die Betriebe - auch Behörden und Betriebe der Öffentliche Hand- lokalisieren und sensibilisieren, die sich bislang noch nicht interkulturell geöffnet haben;
- sie Leuchtturmprojekte bzw. positive Beispiele gelungener betrieblicher Ausbildung von zugewanderten Jugendlichen kommunizieren;
- verstärkt über das Berufsanerkennungsfeststellungsgesetz informiert wird;
- Betriebe, die noch Auszubildende suchen, für die interkulturelle Öffnung sensibilisiert werden;
- eine (interne) Debatte über Begriffe geführt wird – Integration oder Inklusion?

- eine verstärkte Nutzung von Förderprogrammen von der Verwaltung erfolgt, entsprechende Förderanträge sind auszuarbeiten und bei den Zuwendungsgebern, den Ministerien und Fonds, einzureichen;
- in der Öffentlichkeit Akzeptanz/Anerkennungskultur für die Ausbildung von Zugewanderten eingeworben wird: „Die Obermeisterin der Zukunft ist eine Türkin!“
- sich Behörden auf Ausbildungsmessen verstärkt präsentieren;
- Personalentscheider in Verwaltung und in der Wirtschaft interkulturell sensibilisiert werden;
- die Rolle der Migrantenorganisationen vor Ort geklärt wird und sie für die Arbeitsmarktintegration eingebunden werden;
- sie sich weiter für den Ausbau und das Angebot von Sprachunterricht für Zugewanderte und Flüchtlinge einsetzen;
- sie die Nachhaltigkeit von Integrationsprojekten im Hinblick auf Strukturanpassungen kritisch beleuchten;
- sie den Migrantinnen und Migranten verstärkt auch den Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber vermitteln;
- die interkulturelle Arbeit in Behörden und Betrieben konzeptionell verankert und von der seit Jahrzehnten praktizierten „Projektitis“ (staatlich verordneter Irrglaube, gewaltige gesellschaftliche Verwerfungen mit Projekten korrigieren zu können) abgekoppelt wird;
- sie den „Inter-cultural-mainstream“ etablieren;
- die Defizitorientierung in der Integrationsarbeit aufgegeben wird.

Autor des Ergebnispapiers:

Ralf Sabelhaus, Beirat für Migration, Stadt Osnabrück

Erstellt im Auftrag des Vorstands und der Geschäftsstelle des NIR

*Quelle: www.Handwerk.de